

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn  
nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 253

Dresden, Donnerstag den 29. Oktober 1925

36. Jahrg.

## Im Kielwasser der Geschichte

Nicht nur das Unglück, sondern auch die bessere Einsicht  
fährt manchmal schnell. Wir sagen das mit Vorbehalt,  
denn es handelt sich dabei um den Reichskanzler des Zoll-  
wunderblatts. Er hat in Offen vor dem Hygienekongress der  
Gewerkschaften eine Rede gehalten und darin das Werk von  
Locarno als einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte  
gefeiert. Diese Rede Luthers bedeutet eine verschleierte  
Kritik gegen den Nationalismus. Es sind  
Stellen darin, die festgehalten zu werden verdienen. So  
sagte der Reichskanzler: „In allen Ländern steht eine Be-  
wegung ein, die nach neuen Formen des Zusam-  
menlebens sucht, eine Bewegung, die aus dem Friedens-  
willen geboren ist...“ Uns dünken solche Gedanken nicht  
unbekannt, nur im Munde des Bürgerblockkanzlers nehmen  
sie sich einigermaßen sensationell aus. Unsere Forderungen  
gehen weiter, aber was hätte dem deutschen Volk erspart  
bleiben können, wenn gewisse Leute und Schichten sich zehn  
Jahre früher zu den neuen Formen des Zusammenlebens  
bequamt hätten!

Es war die Sozialdemokratie, die vor, wäh-  
rend und nach dem Kriege diese „neuen Formen des Zu-  
sammenlebens“ gefordert und ihre Notwendigkeit nach-  
gewiesen hat. Im bürgerlichen Lager tat man das entweder  
mit mißliebigen Scheinreden, mit Hohn oder mit Beschimp-  
fungen ab. „Die rote Internationale!“ — „Die deutsche  
Sozialdemokratie vertritt ausländische Interessen!“ — „Die  
nationalistische Sozialdemokratie!“ Wer von uns allen hat  
die Stempel berichtigt, die uns ein borniertes Bürgertum  
und eine mittelalterliche Staatsraison aufdrückten, weil wir  
mindestens zwanzig Jahre früher erkannten, was heute von  
den Demokraten bis zu Herrn Luther auf der Rechten drüben  
als eine geschichtliche Notwendigkeit anerkannt wird. Pan-  
Europa, die Vereinigten Staaten von Europa, der Zusam-  
menschluss aller europäischen Nationen zu einer großen  
Völkerfamilie, das sind Gedanken, Ideen, politische Ziele, die  
heute bis in die Kreise der Volkspartei diskutiert und als  
politisch erstrebenswert befunden werden. Und wenn die  
Deutschen so tun, als ob sie sich vor diesem „Inter-  
nationalismus“ bekreuzigen, so tun sie man so, weil sie die  
Gefahren der nationalistischen Phrasen sind, mit denen sie  
die Vorkriegsjahre bei den letzten Wahlen verübt haben.  
Man frage Herrn Professor Dösch, Rebenflor und Ge-  
nosse: sie wissen aus den europäischen Völkern auch  
seinen andern Ausweg als den Zusammenschluss der euro-  
päischen Nationen zu einer Völkerfamilie.

Die Sozialdemokratie kann auf diese Entwicklung  
immerhin mit Genugtuung blicken. Sie hat den Samen des  
paneuropäischen Gedankens durch ein halbes Jahrhundert  
ausgestreut, und es macht sich wunderbar, daß just in diesem  
Augenblick in München eine Prozeß-Groteske spielt, mit  
der bewiesen werden soll, daß die Sozialdemokratie den deut-  
schen Zusammenbruch verschuldet hat. Die ganze geistige  
Schwerfälligkeit und Denkräpzigkeit dieser bürgerlich-kapita-  
listischen Welt, die nicht nur um Rollenlängen hinter der Ent-  
wicklung dreitorst, kommt in dieser Dösch-Hölle und ihren  
Kraßheiten plastisch zum Ausdruck. In der Rechtspresse werden  
die Reden der uniformierten politischen Ab-Schützen breit  
wiedergegeben. Die Darlegungen der sozialistischen Politiker  
werden kurz und entstellt abgetan. Um wieder einmal am  
Orte zu bleiben: der Dresdner Anzeiger brachte die  
Anfragen der Troika, Levekov und Kameraden gegen die  
Sozialdemokratie breit und mit freigelegter Verschwendung  
von Geld und Worten. Die wichtigsten Ausführungen  
der sozialdemokratischen Entlastungszeugen  
werden in dürftiger Kürze abgetan. Das Gro-  
teske daraus wird unterschlagen. Der Dresdner An-  
zeiger ist jedoch beileibe kein Parteiblatt, sondern nur das  
Organ des volksparteilichen Oberbürgermeisters Müller und  
wird zu neutralen Zwecken aus der neutralen Gläub-Stiftung  
finanziert.

Doch all dieses dürftige politische Kropfzeug, das sich  
heute auf der ersten Seite zu internationalen Gedanken  
bekannt, die es auf der dritten Seite, wo es gegen die  
Sozialdemokratie geht, noch verflucht, weiß ja nicht, was es  
tut und ist dadurch hinreichend gestraft, daß es sich ewig am  
Forsen- und Rasensell hinter den Ereignissen herkschieben  
lassen muß.

Reichskanzler Luther, der von seinem erhöhten Kanzler-  
stuhl aus etwas besseren Ueberblick haben dürfte, erklärte in  
Offen:

Allen deutschen Parteien rufe ich zu, daß es sich jetzt nicht  
um einen handelt, Politik im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu  
machen, sondern daß das deutsche Volk jetzt vor geschicht-  
lichen Aufgaben steht. Daß eine politische Entscheidung  
von solcher Tragweite hinterher auch tiefe Spuren in die  
gesamte politische Entwicklung eines Volkes

frage, entspreche aller geschichtlichen Erfahrung. Er, der Reichs-  
kanzler, werde seine ganze Kraft daran setzen, daß die großen  
politischen Fragen wirklich reif würden zur Entscheidung  
durch das deutsche Volk.

Wenn man's so hört, könn't's leidlich scheinen, aber  
wir werden den Verdacht nicht los, Herr Dr. Luther, daß  
Ihre Rede nicht nur eine Auseinandersetzung mit den  
Deutschen, sondern vor allem eine Spekulation auf die  
Sozialdemokratie sein soll. Die Partei mit den 130  
Sitzen im Reichstag soll der geprüngten Regierung aus der  
Patsche helfen.

Der Vorstand unserer Reichstagsfraktion hat gestern  
gesprochen. An der Oppositionsstellung der  
Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther wird  
mit dem Austritt der deutschnationalen Minister nichts  
geändert. Der Weg zur Locarno-Lösung ist für uns die  
Auflösung des Reichstags. Luther und Stre-  
fmann haben sich die Dinge etwas zu leicht gedacht. Sie  
glaubten, mit den Deutschen den Zollwunder und  
dann die Außenpolitik machen zu können. Nun und wenn  
es nicht geht, die Sozialdemokratie muß sich ja für ihre  
außenpolitischen Ziele einsetzen. Sehr richtig, aber nicht  
ohne daß vorher das Volk sein Urteil über die gesamte  
Politik dieser verachteten Bürger- und Arbeiterblockpolitik  
gesprochen.

Es ist also Herrn Luther darum zu tun, das Friedens-  
wert so bald wie möglich in die Scheuern zu bringen, so  
mag er sich beellen. Es hat keinen Sinn, den Zu-  
sammenschluss des Reichstags Mitte November zu warten, son-  
dern diese Regierung läte besser, an die Ausschreibung der  
Wahlen zu gehen. Wir können, namentlich nach den Ber-  
liner und badischen Wahlergebnissen, sehr gut verstehen, daß  
die Bürgerblockparteien davon bangt. Uns nicht. Der Auf-  
bruch wird das Signum aller kommenden Wahlen sein  
müssen. Herr Luther sollte endlich sagen, was er tun will,  
wenn die Deutschen ihnen ihrem spichwörtlich gewordenen  
Umfallcharakter für diesmal untreu werden. Der Reichs-  
kanzler hat darauf bis jetzt keine Antwort.

Ohllos sieht er da und kann nicht anders als auslösen.

### Für die Reichstagsauflösung

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage  
zusammen. Der Vorstand war einmütig der Auffassung,  
daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister an  
der scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemo-  
kratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat.  
Der Austritt der Deutschen beweist nur, daß es un-  
möglich ist, mit dieser Partei eine den deutschen  
Interessen entsprechende auswärtige Politik  
zu führen.

## Das neue französische Kabinett

P. Paris, 29. Oktober. (Fig. Draht.)

Die französische Ministerkette hat vorläufig ihre Erledigung  
gefunden. Poincaré hat den Auftrag des Präsidenten zur Rege-  
rungsbildung zunächst mit Vorbehalten angenommen, dann mit  
Gorriat und den politischen Führern verhandelt, um schließlich den  
Auftrag zur Kabinettsbildung endgültig anzunehmen. Beim Ver-  
lassen der Präsidentenkanzlei nach dem dritten Besuch erklärte Poincaré  
den Pressevertretern, daß er am Donnerstag mit den üblichen  
Schritten zu beginnen gedenke. Darüber befragt, ob er das britische  
Finanzministerium zu übernehmen beabsichtige, erklärte Poincaré,  
daß in dieser Frage noch keine Entscheidung gefallen sei. Auf die  
Frage, ob Gorriat an seiner Regierung teilnehmen werde, er-  
klärte Poincaré, daß Gorriat es für besser halte, dem Lande als  
Kammerpräsident zu dienen.

### Die neue Regierung

wid. Paris, 29. Oktober. Die die Agentur Gadaud glaubt  
feststellen zu können, ist das neue Kabinett, abgesehen von Verände-  
rungen bei einem oder zwei Vorsteherstellen, so gut wie gebildet. Es  
setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidentenamt und Finanzen:  
Poincaré (Sozialistischer Republikaner), Außenamt: Briand  
(Sozialistischer Republikaner), Justiz und Vizepräsidentenamt:  
Gautier (radikal), Inneres: Gramme (radikaler  
Senator), Öffentliche Arbeiten: De Ranzi (radikaler Senator),  
Kriegsministerium: Daladier (radikal), Marine: Emile  
Beret (radikal), Handelsministerium: Chaumeix (recht-  
radikaler Senator), Öffentlicher Unterricht: Delbos (radikal),  
Kolonial: Paul Maréchal (radikale linke Fraktion Laucheur),  
Versteuerte Gebiete: Loursacur (radikal), Pensionen: Antecion  
(Sozialistischer Republikaner), Adrethou: Durand (radikaler  
Senator). Alle Unterstaatssekretäre verbleiben, doch wird der Unter-  
staatssekretär beim Kammerpräsidenten, Bonnet, Unterstaats-  
sekretär im Finanzministerium. Am 10 Uhr empfing Poincaré  
seine neuen Mitarbeiter, die er jedenfalls gegen Mittag dem Prä-  
sidenten der Republik vorstellen wird.

### Das Linkskartell bleibt

P. Paris, 29. Oktober. (Fig. Draht.)  
Die vier Gruppen des Linkskartells hielten am

Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die  
Deutschen aus der Verantwortung zu entlassen und  
in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem  
sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Rich-  
linien erblüht, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifi-  
zieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise  
in der Befragung des Volks mittels der Auflösung  
des Reichstags.

Der Fraktionsvorsitzende wird die Reichstagsfraktion zu  
Freitag den 6. November einberufen, um zur Situation, ins-  
besondere zur Frage des Zusammentritts des  
Reichstags, Stellung zu nehmen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfrak-  
tion beschäftigte sich am Mittwoch auch mit der Wirtschafts-  
und Finanzpolitik der Regierung. Er mißbilligte insbesondere,  
daß allgemeine Steuermittel, die in erster Linie von der breiten  
Masse des werktätigen Volkes aufgebracht werden, zur Stützung  
großagrarischer und großindustrieller Unternehmungen ver-  
wendet werden. Diese Verwendung ist um so bedenklicher, als  
sie ohne parlamentarische Genehmigung und öffentliche Kritik  
erfolgt.

Der Vorstand erhebt ferner gegen die Absicht Einspruch,  
daß öffentliche Mittel auch zur Stützung verachteter Unter-  
nehmungen des Reichslandbundes und damit zur Förderung  
deutschnationaler Parteizwecke verwendet werden sollen.

Im Auftrage des Vorstandes der kommunistischen  
Reichstagsfraktion hat der Reichstagsabgeordnete Stecker an  
den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fol-  
gendes Schreiben gerichtet:

„Am Dienstag hat unsere Fraktion die sofortige Ein-  
berufung des Reichstags verlangt. Diese Forderung hat  
der stellvertretende Präsident Dr. Richter abgelehnt mit der  
Begründung, daß die Erfordernisse des Artikels 24 Abs. 1  
der Reichsverfassung nicht erfüllt seien. Da dieser Artikel  
vorsieht, daß ein Drittel der Reichstagsmitglieder die Ein-  
berufung verlangen muß, ersuchen wir Sie, unsern Antrag  
zu unterstützen, damit auf diese Weise das erforderliche  
Drittel hergestellt wird und der Reichstag sofort einberufen  
werden muß.“

Der vorstehende Brief der kommunistischen Reichstags-  
fraktion ist durch den Beschluß des sozialdemokratischen Frak-  
tionsvorstandes bereits überholt. In diesem Beschluß heißt es,  
daß die sozialdemokratische Fraktion am Freitag, dem 6. No-  
vember, sich u. a. mit der Einberufung des Reichstags be-  
fassen wird. Der Fraktionsvorsitzende legt auf vollzähliges  
Erscheinen der Fraktionsmitglieder der Ver-  
sicherung mit Rücksicht darauf war ein früherer Termin für die  
Zusammenberufung der Fraktion ungewöhnlich, da der Reichs-  
tagspräsident und sieben Fraktionsmitglieder sich noch im Aus-  
lande befinden, während ein anderer Teil der Fraktion für die  
nächsten Tage bestimmte Verpflichtungen eingegangen ist. Es  
müßte deshalb allen Fraktionsmitgliedern die Möglichkeit ge-  
geben werden, ihre Verpflichtungen wenigstens für den kom-  
menden Freitag lösen zu können. Und dazu bedurfte es einer  
bestimmten Frist.

Mittwochvormittag Fraktionskämpfungen ab. Sämtliche Linksparteien  
kamen dahin überein, daß ein regierungsfähiges Ministerium  
nur auf der Grundlage des Linkskartells

möglich sei. In der Fraktionskämpfungen der härtesten Parteipartei,  
der Radikalsocialisten, ist es zu einer interessanten Auseinander-  
setzung zwischen der großen Mehrheit der Fraktion und dem Ab-  
geordneten Franklin Bouillon gekommen, der den Standpunkt ver-  
trat, daß die Fortdauer des Kartells nur im Falle einer Ver-  
teiligung der Sozialisten an der Regierung möglich  
sei. Es wurde ihm entgegengehalten, daß es Sache der Sozialisten  
sei, darüber zu entscheiden, ob sie sich an der Regierung beteiligen  
oder aber nur ihre Unterstützung gewähren wollen. Der letzte  
Standpunkt wurde von der großen Mehrheit der Fraktion geteilt.  
Die Fraktionsvertreter der Sozialisten hielten sich auf den Stand-  
punkt, daß die Annahme der Kapitalabgabe durch die Regierung  
in bezug auf den Sozialisten vorgeschlagenen Form keine unbedingte  
Voraussetzung zur Unterstützung der neuen Regierung durch die  
sozialistische Fraktion sei. Die Fraktion sei bereit, jeder Regierung  
ihre Unterstützung zu gewähren, die zur Tilgung der Staatsschuld  
mit Hilfe von

Vermögensabgaben, in welcher Form es auch sei,  
fortsetzen werde. Die bürgerlichen Linksparteien sind jedenfalls  
bereit, den Wünschen der sozialistischen Fraktion weitestgehend ge-  
recht zu werden.

### Die Vermögensabgabe ist Bedingung

P. Paris, 28. Oktober. (Fig. Draht.) Vertreter der vier  
Fraktionen des Linkskartells hielten am Mittwoch  
nachmittags eine gemeinsame Sitzung ab, um über die durch den  
Austritt des Ministeriums Poincaré geschaffene politische Lage  
zu beraten. Mit geringen Veränderungen wurde eine von dem  
Sozialisten Compère-Morel verfasste Entschließung folgenden  
Wortlauts einstimmig angenommen:

„Die vier Fraktionen des Linkskartells sind entschlossen, dem  
Volkswillen, wie er in drei Wahlergebnissen zum Ausdruck gekommen  
ist, Rechnung zu tragen, und geben ihrem Willen Ausdruck, nur eine  
Regierung zu unterstützen, die entschlossen ist, zur Lösung der  
finanziellen Lage des Landes von er wordenen Vermögen  
die notwendigen Opfer zu fordern und die energisch  
die Verwirklichung dieses Programms beim Parlament  
durchzusetzen gewillt ist.“